

**DR. INGE GRÄBLE**

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung:**Inge Gräble wegen EU-Agrargeldern auf Kontrollvisite in Griechenland**

Der Kontrollbesuch war seit zwei Jahren geplant und angekündigt und fand nun in aufgeladener Atmosphäre statt: Die auch für diesen Raum zuständige CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble reiste mit sieben weiteren Kollegen aus dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments für drei Tage nach Griechenland. Im Mittelpunkt dieser Reise stand das griechische integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem InVeKos über das jährlich 1,5 Mrd. Euro an EU-Landwirtschaftsgeldern an die griechischen Bauern bezahlt werden. Außerdem ging es um 20 Mrd. Euro an Strukturfondsmitteln, die das Land zwischen 2007 bis 2013 erhalten soll. Der Besuch war der zweite innerhalb von zwei Jahren."

Der Ausschuss hat als Ergebnis der Reise vor allem bei der Erfassung der förderfähigen landwirtschaftlichen Grundstücke bedeutende Verbesserungen festgestellt. So sei nach jahrelangen Verzögerungen und griechischem Unwillen das elektronische Register für Landwirtschaftszahlungen InVeKos nun endlich fast fehlerfrei funktionsfähig. Das bisher mangelhafte Funktionieren dieses Schlüsselsystems zur Kontrolle der Agrargelder führte in der Vergangenheit immer wieder zu Unregelmäßigkeiten, weshalb Griechenland seit 1997 insgesamt 955 Millionen Euro an Strafzahlungen an die EU leisten musste. Fortdauernde Probleme gibt es mit der Unabhängigkeit der Behörde OPEKEPE, die für die Auszahlung der Hilfen an die Landwirte verantwortlich ist. Häufige Führungswechsel und politisch motivierte Versprechen deuteten auf Verwaltungsmängel und die Missachtung von EU-Vorgaben hin, auf deren Aufklärung der Haushaltskontrollausschuss in den kommenden Monaten bestehen wird.

Verwaltungsmängel gebe es auch bei den Strukturfonds. Von den für Griechenland vorgesehenen insgesamt rund 20 Milliarden Euro in der gegenwärtigen Finanzierungsperiode von 2007 bis 2013 seien erst fünf Prozent der Gelder ausgezahlt worden. "Das zeigt grundlegende Effizienzprobleme in der griechischen Verwaltung, die Fördermittel nur sehr

Europäisches Parlament

Rue Wiertz, 15 E 130
B-1047 **Brüssel**
Tel: 0032-228.45 868
Fax: 0032-228.49 868
e-mail: ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Parlement Européen

Allée du Printemps
LOW 10 T 018
F-67000 **Straßburg**
Tel: 0033-3-881.75 868
Fax: 0033-3-881.79 868

Europabüro

Grabenstraße 24
D- 89522 **Heidenheim**
Tel: 0049-7321-200.71
Fax: 0049-7321-200.73
<http://www.graessle-europa.de>
email: m.beyrle@cdu-hdh.de



DR. INGE GRÄBLE

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

langsam ordnungsgemäß abrufen kann", so Gräble.

"Kritisch" zeigte sich Gräble bei der Bekämpfung der Korruption. Zwar kündigten einige Regierungsvertreter in einigen Feldern Maßnahmen an, deren konkrete Umsetzung abzuwarten bleibt. Bei einigen anderen Behörden fehle allerdings jegliche Einsicht. Zudem müsse die Regierung Papandreou die Verantwortlichen für die falschen Wirtschafts- und Defizitzahlen ermitteln. Dazu soll es zwar einen Untersuchungsausschuss im Parlament geben, dieser wurde aber aufgrund formaler Kriterien bisher weder einberufen noch ist seine Einberufung absehbar.

Gräble: "Griechenland hat schon erste Schritte zur Bewältigung der Krise unternommen, aber jetzt müssen die angekündigten und beschlossenen Verbesserungen auch langfristig umgesetzt werden. Eine bessere Verwaltung von EU-Mitteln, ein entschlosseneres Vorgehen gegen Korruption und eine rigorose Aufarbeitung der geschönten Wirtschaftszahlen sind unerlässlich, wenn Griechenland die Krise meistern will. Ohne eine Rosskur geht es nicht".

Gräble, die die Sprecherin der größten Fraktion im Haushaltskontrollausschuss ist, weist darauf hin, dass die Probleme um den Euro leider nicht unter die Zuständigkeit des Haushaltskontrollausschusses im Europaparlament fallen. Die Euro-Länder seien weitgehend autonom und hätten der Europäischen Kommission und dem Europaparlament nur sehr wenig Rechte und Kontrollbefugnisse eingeräumt. "Jetzt denkt jeder, dass die EU versagt hat, dabei waren es die Mitgliedstaaten der Eurozone, die sich gegenseitig nicht weh tun und Rechtsverstöße gegen den Eurovertrag nie sanktioniert haben. Wenn wir wirklich aufräumen wollen, braucht die EU selbst die Kontrollrechte. Wenn wir im Parlament es tun sollen, machen wir es".

Europäisches Parlament

Rue Wiertz, 15 E 130
B-1047 **Brüssel**
Tel: 0032-228.45 868
Fax: 0032-228.49 868
e-mail: ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Parlement Européen

Allée du Printemps
LOW 10 T 018
F-67000 **Straßburg**
Tel: 0033-3-881.75 868
Fax: 0033-3-881.79 868

Europabüro

Grabenstraße 24
D- 89522 **Heidenheim**
Tel: 0049-7321-200.71
Fax: 0049-7321-200.73
<http://www.graessle-europa.de>
email: m.beyrle@cdu-hdh.de